

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 108. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 6. Mai 2004

#### Tagesordnungspunkt 3:

- Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung** (Drucksachen 15/2573, 15/3077, 15/3079, 15/3078)  
9734 D
- Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung** (Drucksachen 15/2948, 15/3077, 15/3079, 15/3078) .....  
9735 A

#### **Petra Pau (fraktionslos):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesagentur für Arbeit hat die aktuelle Statistik zur Arbeitslosigkeit vorgestellt. Das Ergebnis ist niederschmetternd: Die Zahl der Erwerbslosen hat – saisonbereinigt – zugenommen. Der Beschäftigungsabbau hat sich beschleunigt. Die rot-grünen Hartz-Versprechen sind wie eine Seifenblase geplatzt.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Die PDS hatte es prophezeit, weil die so genannte Arbeitsmarktreform die Arbeitslosen und nicht die Arbeitslosigkeit bekämpft. Deshalb haben wir hier eine grundlegende Differenz zu Rot-Grün, aber auch zur Opposition zur Rechten.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Keine grundlegende Differenz haben wir, wenn es darum geht, die wuchernde Schwarzarbeit zurückzudrängen. Das habe ich hier schon vor Wochen betont und ich wiederhole: Schwarzarbeit ist weder ausgleichende Gerechtigkeit noch selbst bestimmter Widerstand. Schwarzarbeit ist unter dem Strich asozial. Der **Schaden für die Sozialsysteme** ist enorm, und nicht nur für diese. Allerdings – auch das wiederhole ich –: Asozial sind vor allem jene, die aus organisierter Schwarzarbeit Kapital schlagen, und erst in zweiter Linie jene, die sich zu Dumpinglöhnen verdingen. Deshalb muss es bei der Ahndung von Schwarzarbeit auch entsprechende Prioritäten geben.

Nun hat der neue Entwurf eines Gesetzes gegen Schwarzarbeit den Bundesrat durchlaufen und wir beraten über ihn heute erneut und abschließend. Wie Sie wissen, haben auch die rot-rot regierten Bundesländer Berlin und Mecklenburg-Vorpommern dem Gesetzentwurf grundsätzlich zugestimmt. Aber es gab auch Kritik. In diesem Zusammenhang möchte ich noch zwei Punkte anmerken. Erstens. Es gibt in nahezu allen Bundesländern **interdisziplinäre Ermittlungsgruppen gegen Schwarzarbeit**. Zu den anerkannt erfolgreichen gehört die Berliner Ermittlungsgruppe. Umso unverständlicher ist es, wenn dieser regionale Sachverstand künftig weniger wichtig sein soll, als es nötig wäre. Das versteht niemand.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Christine Scheel [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Das stimmt doch gar nicht! Er bleibt!)

Mein zweiter Kritikpunkt betrifft die Prioritäten. So richtig es ist, Schwarzarbeit zu ahnden, so wichtig ist es auch, Schwarzarbeit zu vermeiden.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Es gibt aber Hunderttausende Menschen, die regelrecht in Schwarzarbeit gedrängt werden, weil ihnen legale Arbeit in der Bundesrepublik verwehrt wird. Das hat viel mit dem **Ausländerrecht** bzw. -unrecht zu tun. Das hängt aber auch mit den Hängepartien beim EU-Recht zusammen. Ich möchte dazu nur anmerken: Die Grünen haben zu Recht die Verhandlungen mit der CDU/CSU über ein modernes Einwanderungsrecht aufgegeben; denn egal worum es geht, CDU und CSU verstehen eigentlich immer nur Polizei oder Terrorabwehr.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Nun noch eine abschließende Bemerkung: Die Ächtung von Schwarzarbeit hat viel damit zu tun, ob es allgemein gerecht oder ungerecht zugeht. Obsiegt das Gefühl „Jeder ist sich selbst der Nächste“ und „Wer hat, der hat“, dann findet auch Schwarzarbeit bereitwillige Geber und Nehmer. Das Gefühl von Ungerechtigkeit ist aber weit verbreitet. Das Schlimme ist: Es ist nicht nur ein Gefühl. Die rot-grüne Agenda 2010 nährt Unrecht und die Programme der Unionsparteien sowie der FDP lassen sogar noch Schlimmeres befürchten. Das ist ein tiefer Widerspruch; denn Sie können nicht Wasser predigen und die Weintrinker belohnen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie, auf die heute veröffentlichten Schätzungen zu schauen, wie viele Menschen vom 1. Januar 2005 an vom Arbeitslosen-geld II, diesem arm machenden Geld, betroffen sein werden bzw. überhaupt keine Bezüge mehr bekommen werden. Was sagen Sie eigentlich diesen Menschen im Hinblick auf ihre Zukunftsperspektiven?

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])